

Eupener Land
[04.05.2007]

Die vier Minister starteten am Mittwoch in Eupen - Abschluss
am 5. Juli in Burg-Reuland

Regierung brach zur Tour durch alle Gemeinden auf

Von Heinz Gensterblum

**73 708 Einwohner zählte die Deutschsprachige
Gemeinschaft am 1. Januar 2007. Mit ihnen will die
Regierung in einen offenen Dialog treten und startete
daher am Mittwoch in Eupen ihre Runde durch die
neun Gemeinden. Am 5. Juli wird die »Ostbelgien-
Tour« in Burg-Reuland abgeschlossen.**



In der Gruppe von Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz kamen viele Themen zur Sprache: »Auffallend war, dass viele Menschen nicht wissen, wer wofür zuständig ist. Für sie sind Probleme einfach Probleme«, schlussfolgerte der Regierungschef.

Die Tagesabläufe sind in allen Orten ähnlich. Nach Gesprächen mit den Gemeindekollegien sowie den Sozialhilfe- und Gemeinderäten sind die Bürger eingeladen, in größerer Runde sowie in kleinen Foren zu diskutieren oder einfach zuzuhören.

100 Personen hatten am Mittwochabend trotz sommerlichen Wetters sowie der Konkurrenz von König Fußball und des TV-Duells Sarkozy-Royal den Weg ins Eupener Kolpinghaus gefunden. Per Zufallsentscheid bildeten sich nach einer kurzen Begrüßung durch Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz vier Gruppen, in denen unter dem Vorsitz eines der vier Mitglieder der Regierung in 75 Minuten alle möglichen Themen angesprochen werden konnten. Ein Kabinettsmitarbeiter führte Protokoll und präsentierte die Diskussionspunkte anschließend in großer Runde. »Wir gehen auf Tuchfühlung mit der Wirklichkeit und wollen Rückschlüsse für unsere Arbeit sammeln«, sagte der Ministerpräsident zu dieser Initiative.

Beginn der Legislatur

In erster Linie waren es Vertreter von Vereinen, Schulen und sonstigen Einrichtungen, die sich in die Diskussion einbrachten, aber auch politisch engagierte und interessierte Bürger mischten bei dem Austausch über die Zukunft der Gemeinschaft mit. »Die Gemeinden sind unsere prioritären Partner. Wir haben viel gemeinsam zu erledigen«, betonte Lambertz die Wichtigkeit des Dialogs zwischen den Kommunen, deren Bevölkerung und der Regierung und ließ Zahlen sprechen: Seit 1999 hat die Gemeinschaft über 1000 Projekte mit einem Gesamtvolumen von über 138 Millionen Euro unterstützt. 173 Millionen Euro beträgt der aktuelle Haushalt der DG. Davon werden 4000 Gehälter bezahlt.

Der Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt, denn die Gemeinden stehen am Anfang ihrer Legislaturperiode. Ein Thema, das den Bürgern unter den Fingernägeln brannte, war die vor anderthalb Jahren eingeleitete Durchforstung, mit der die Gemeinschaft Finanzmittel freischaufeln will, um sie in ihre Stärken zu investieren. 109 Beschlüsse hat die Regierung diesbezüglich in Vorbereitung. Dabei geht es u.a. darum, die Aufgaben zwischen Gemeinschaft und Gemeinden besser aufzuteilen, um ein effizienteres Arbeiten zu ermöglichen, damit die Akten nur noch über einen statt über zwei Schreibtische gehen müssen. Die Zahlen der Durchforstung wolle man erst zu gegebener Zeit auf den Tisch legen, betonte Lambertz, spätestens aber im Oktober 2007, wenn über den Doppelhaushalt 2008/2009 und die mittelfristige Finanzplanung diskutiert werde.

Vielen Besuchern fiel die Abwesenheit der Mitglieder des Gemeindekollegiums auf. »Die Veranstaltung sollte keine Diskussion zwischen Stadt und Gemeinschaft werden. Wem die politische Kontroverse fehlt, dem empfehle ich die Übertragungen der PDG-Sitzung im Offenen Kanal. Dann gibt es genug davon«, sagte Minister-Präsident Lambertz.

Bernd Gentges fasste den Sinn des Abends, der erst kurz vor 23 Uhr ausklang, wie folgt zusammen: »Sie sollen verstehen, was wir wollen, und wir wollen ihre Erwartungen besser kennen lernen«. Für Oliver Paasch sei dieser Abend auch nicht der Ende des Dialogs, da er sich gerade auf dem Weg zu allen Elternvereinigungen befinde. Der Ministerpräsident zeigte sich zufrieden mit der

Diskussion »auf hohem Niveau«. »Auffallend war, dass viele Menschen nicht wissen, wer wofür zuständig ist. Für sie sind Probleme einfach Probleme«, resümierte der Regierungschef. Außerdem habe er bei den Bürgern eine Verunsicherung festgestellt, die bei Veränderungen immer registriert werde.

Weitere Gespräche

Das Gemeindegremium hatte der Regierung zuvor eine 30 Punkte umfassende Tagesordnung vorgelegt und ihr verdeutlicht, was ihm wichtig ist. Im September wird sich die Regierung mit der Stadt im Rahmen des Infrastrukturdekrets an einen Tisch setzen. Schon jetzt sei aber auch die Zukunft von Hallenbad und Wetzlarbad ausgiebig diskutiert worden.

Gemeinschaft und Stadt kamen am Mittwoch überein, künftig zweimal im Jahr zusammenzukommen, um Dinge zu besprechen, die Eupen als Hauptstadt betreffen.

Eupener Land
[04.05.2007]

Bürger schnitten viele Themen an

Von der Sprache bis zur Zuwanderung

Eupen

In vier Arbeitsgruppen konnten sich die Bürger zu Wort melden. Anschließend wurden alle Themen in großer Runde zur Sprache gebracht.

In der Gruppe von Oliver Paasch (PJU-PDB) ging es natürlich um das Unterrichtswesen. Die Sprachkenntnisse wurden dort als Problem erkannt. »Man habe den Schlüssel zur Zweisprachigkeit verloren, da das Französische rückläufig ist«, zitierte sein Kabinettschef Joseph Dries aus der Diskussion. Die Kulturinfrastruktur wurde ebenso angesprochen wie der Brückenschlag zwischen Kulturvereinigungen und Schulen.



Isabelle Weykmans hatte offensichtlich ihre Freude an dem offenen Dialog.

Der Kabinettschef von Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz (SP), Erich Bach, fasste den regen Austausch für die zweite Gruppe zusammen, der auch Themen wie den öffentlichen Personennahverkehr berührte, bei dem die Gemeinschaft nur wenig bewegen kann. Natürlich sorgte der Vorschlag der Regierung, die Pauschalbezuschussung der Vereine künftig über die Gemeinden laufen zu lassen, für Gesprächsstoff. Die Zahlen, die am Ende der Durchforstung stehen sollen, will die Regierung erst im Oktober vorlegen, wenn sie den Doppelhaushalt 2008/2009 bespricht. Die Bürger plädierten für eine Zusammenlegung von Hallen- und Wetzlarbad am Standort Hütte, da dieser die Unterstadt aufwerte, und regten an, dass die Gemeinschaft bei Infrastrukturprojekten organisatorische Hilfestellungen leisten sollen.

Nathalie Wimmer fasste die Ergebnisse der Beratungen der Gruppe mit Ministerin Isabelle Weykmans (PFF) in drei große Blöcke zusammen: Basisförderung der Vereine, Denkmal- und Landschaftsschutz sowie Ehrenamt. Auch hier war die angedachte Vergabe der Zuschüsse durch die Gemeinden ein Thema. Zum einen gab es die Angst, dass es noch kompliziert werde, und den Faktor der Ungewissheit, aber auch die Hoffnung, dass der Verwaltungsaufwand reduziert werde. Im Bereich des Denkmalschutzes soll den Gebäuden aus der Gründerzeit mehr Beachtung geschenkt werden. Außerdem dürfe der Landschaftsschutz nicht weiter ins Hintertreffen geraten, berichtete die Pressesprecherin der Ministerin.

Auch Bernd Gentges (PFF) musste in seiner Gruppe die Durchforstung beleuchten und betonte, dass es hierbei um eine bessere Nutzung der Mittel gehe. Damit weiter eine objektive Verteilung der Mittel an die Vereine stattfindet, wurde ein Regelkatalog als unabdingbar befunden, so seine Pressesprecherin Simonne Doepgen. Angesprochen wurde auch die Zuwanderung. Da die Sprache das wichtigste Mittel zur Integration sei, soll die DG die Sprachförderung unterstützen und deren Kontinuität sicherstellen.

Eupener Land [04.05.2007]

Der Besuch der Gemeinschaftsregierung aus Sicht der Stadt Eupen

»Korrekt und fair«

Eupen

Für das Eupener Gemeindegremium zog Bürgermeister Elmar Keutgen nach dem Besuch der Regierung Bilanz: »Diese Runde ist eine gute Initiative. Die Stimmung war sehr korrekt und fair.« Zwar konnten nicht alle Tagesordnungspunkte bis ins Detail besprochen werden, doch seien zahlreichen Pisten in Form von Arbeitsgruppen und Terminansetzungen gelegt worden, die eine weitere Vertiefung erlauben.



Der Regierung wurde das ehemalige Kneipp-Gelände gezeigt, auf dem die Verwaltung angesiedelt werden soll, sowie das gesamte Viertel hinter dem Rathaus. Bei der geplanten Zusammenlegung von Wetzlarbad und Hallenbad gebe es einen Konsens, so Keutgen. Der Bürgermeister begrüßte, dass die Gemeinde künftig im Straßenbau eine Dotation erhalte und dann selbst die einzelnen Projekte lancieren könne.